

# Urteil zur Polizeigewalt während G8-Gipfel in Genua

pm Nach neunstündiger Verhandlung endete am 14. Juni 2008 in Genua das "Bolzaneto-Verfahren" gegen 45 Angehörige der Polizei, Vollzugsbeamte und ärztliches Personal. Gegen die Angeklagten wurde wegen Autoritätsmissbrauch, Nötigung, Misshandlung, Drohung und Fälschung ermittelt. 300 DemonstrantInnen wurden während der Proteste gegen den G8 festgenommen, die meisten von ihnen in die zum temporären Gefängnis umfunktionierte Polizeikaserne gebracht.

Betroffene dokumentierten im Verfahren Schläge, Beleidigungen, faschistische Parolen und systematischen Demütigungen. Weil die Polizei behauptete, dass die meisten eingesetzten Beamten nicht identifiziert werden könnten, wurde nur gegen leitende Kräfte verhandelt. 30 Angeklagte wurden dennoch aus "Mangel an Beweisen" freigesprochen. Die höchste Strafe erhielt mit 5 Jahren und 8 Monaten der Sicherheitschef des Gefängnisses, Antonio Biagio Gugliotta. Der für seine Brutalität heftig kritisierte Gefängnisarzt Giacomo Toccafondi erhielt lediglich 1 Jahr und 2 Monate Haft.

Die Verurteilten kündigten Berufung an. Damit würden die Strafen nach italienischem Recht verjähren. Verjährungsfristen werden während der Verhandlung nicht ausgesetzt.

Im Bolzaneto-Verfahren treten 300 Betroffene als NebenklägerInnen auf, darunter auch Angehörige der Misshandelten. Die Hälfte von ihnen kommt aus dem Ausland. Richter Renato Delucchi sprach allen eine "sofortige Entschädigungszahlung" von 2.500 bis 15.000 € zu.

Bis letzte Woche war unklar ob das neue "Sicherheitsgesetz" Berlusconi die Urteilsverkündung verhindern könnte. Gegen Berlusconi wird wegen Korruption ermittelt. Er fordert nun die Aussetzung aller Verfahren mit einem erwarteten Strafmaß unter drei Jahren, die vor Mitte 2002 begangen wurden. Das Dekret soll Ende Juli von Staatspräsident Giorgio Napolitano unterzeichnet werden. Um die Urteilsverkündung zu beschleunigen verzichteten die AnwältInnen der

Nebenklage auf ihre Schlussplädoyers.

AnwältInnen und Solidaritätsgruppen kritisieren das Urteil heftig. Zwar wurde anerkannt, dass Straftaten begangen wurden, jedoch blieb das Gericht unter dem geforderten **S t r a f m a ß** der StaatsanwältInnen.

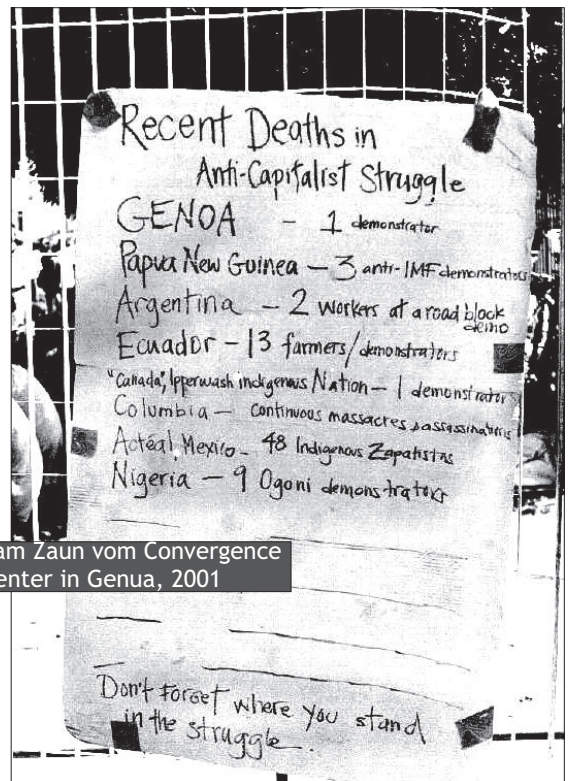
Im Herbst wird mit einem weiteren Urteil gegen Polizisten gerechnet. Im "Diaz-Verfahren" wird die Misshandlung teils schlafender AktivistInnen verhandelt. 29 leitende Beamte sind unter anderem wegen Fälschung von Beweismitteln angeklagt. Einer der Staatsanwälte, Patrizia Petruziello, erklärte, dass 4 von 5 in der Diaz-Schule Festgenommenen nach Kriterien des **E u r o p ä i s c h e n** Gerichtshof eine "unmenschliche und unwürdige Behandlung" erlitten hätten. Italien hat die internationale Folter-konvention nicht unterzeichnet, demnach kann nur wegen Misshandlung Anklage erhoben werden.

Während Angehörige der Polizei bisher straffrei blieben, wurden AktivistInnen zu hohen Strafen verurteilt. Im November letzten Jahres wurden gegen 25 italienische DemonstrantInnen drakonische Strafen von bis zu 11 Jahren Haft verhängt. Dabei reichte aus, in der Nähe von Ausschreitungen aufgegriffen zu werden. Im Juni wurde eine französische Aktivistin zu 5 Monaten Haft verurteilt, weil sie als einzige den Absperrzaun um die Genueser Innenstadt überklettert hatte.

"Diese Urteile sind ein Angriff gegen die sozialen Bewegungen und gegen das Recht auf Widerstand", schreibt die Solidaritätsgruppe Supporto Legale. "Genua war eine Revolte von 300.000 AktivistInnen", kommentiert die Gipfelsoli Infogruppe. "Der Widerstand gegen die Polizeiangriffe war unbedingt gerechtfertigt".

Zum 7. Jahrestag der G8-Proteste wird Genua nächste Woche Austragungsort

zahlreicher Veranstaltungen. Am 19. Juli lädt unter anderem Haidi Giuliani, die Mutter des erschossenen Carlo, zur Vorbereitung gegen den nächsten G8-Gipfel 2009 auf Sardinien ein. Am 20.



Zettel am Zaun vom Convergence Center in Genua, 2001

Juli findet auf der Piazza Alimonda die jährliche Gedenk-Versammlung für Carlo statt. Solidaritätsgruppen aus Genua und anderen Ländern organisieren Vorträge und Diskussionen im Palazzo Ducale, dem damaligen Tagungsort des G8-Treffens.

Eine Gesellschaft, in der RepräsentantInnen des Staates weniger Verantwortung tragen als DemonstrantInnen sei "eine hässliche Gesellschaft", erklärt die Nebenklage-Anwältin Laura Tartarini. Mit einer ausführlichen Stellungnahme der AnwältInnen wird heute nachmittag gerechnet.

## Hintergrund

### Erklärung von Supporto Legale:

[http://www.gipfelsoli.org/Home/Genua\\_2001/5299.html](http://www.gipfelsoli.org/Home/Genua_2001/5299.html)

### Anwältin Laura Tartarini zum "Sicherheitsgesetz" Berlusconi:

[http://www.gipfelsoli.org/Home/Genua\\_2001/5218.html](http://www.gipfelsoli.org/Home/Genua_2001/5218.html)